

Was passiert, wenn etwas passiert – wie gut sind Regierung und Verwaltung auf Katastrophen vorbereitet?

Katastrophen sind schon seit Jahrzehnten zu einem regelrechten Forschungsfeld geworden¹. Neben wirtschaftlichen und humanitären Katastrophen (Finanzkrise, Völkermord usw.) geht es vor allem um Katastrophen durch Freisetzung von mechanischer oder thermischer Energie wie Druck (Zusammenstöße) oder Brand (Explosionen) und Katastrophen technisch-biologisch-medizinischer Art. Bei den Katastrophen technisch-biologisch-medizinischer Art unterscheidet man nukleare Katastrophen (A-Gefahren), Seuchen, Epidemien, Pandemien (B-Gefahren), Chemiekatastrophen (C-Gefahren), datennetzbezogene Katastrophen (D-Gefahren) und elektromagnetisch ausgelöste Katastrophen (E-Gefahren). Häufig führen die genannten Katastrophen zu Umweltkatastrophen (Nuklearkatastrophen, Ölpest). Werden Katastrophen ohne menschliches Zutun ausgelöst, spricht man auch von Naturkatastrophen (Tsunami, Erdbeben, Vulkanausbrüche, Sturmfluten usw.).

Nicht erst mit dem letzten großen Erdbeben in Japan bzw. mit dem sich anschließenden Tsunami und der Reaktorkatastrophe von Fukushima wurde uns vor Augen geführt, wie verletzlich die moderne Industriegesellschaft ist. Katastrophen hat es freilich auch schon früher gegeben, man denke nur an Tschernobyl oder an den Chemieunfall in Seveso. Auch das vermeintlich sichere Deutschland blieb nicht verschont. Seit dem Anschlag auf das World Trade Center in New York und dem Elbehochwasser hat auch in Deutschland ein Umdenken in Bezug auf die Katastrophenvorsorge stattgefunden. Die Aufgabe scheint wieder ernst genommen zu werden.

In Rahmen eines semesterübergreifenden Projekts am FB Verwaltungswissenschaften wird derzeit der Frage nachgegangen, wie Regierung und Verwaltung auf Katastrophen vorbereitet sind. Regierung und Verwaltung versuchen meist den Eindruck zu erwecken, alles im Griff zu haben. Um Panikreaktionen zu verhindern, soll der Eindruck der Beherrschbarkeit vermittelt werden. Die Frage ist daher, ob der Umgang mit Katastrophen vergleichbaren Mustern folgt. Nach einer Aufarbeitung der rechtlichen Grundlagen und Rahmenbedingungen des Katastrophenschutzes sollen die verschiedenen Arten von Katastrophen untersucht werden. Darauf aufbauend folgt die Frage, wie Regierung und Verwaltung in Deutschland bzw. Sachsen-Anhalt auf Katastrophen vorbereitet sind. Interessant ist dabei vor allem eine Differenzierung nach Eintrittswahrscheinlichkeit und Reichweite von Katastrophen (Risikomanagement). Verwaltungspolitisch von Bedeutung sind der Behördenaufbau im Bereich des Katastrophenschutzes und die Zusammenarbeit der beteiligten Akteure im Katastrophenfall. Dazu gehört auch ein kurzer historischer Rückblick über die Entwicklung des Katastrophenschutzes in Deutschland, in der Bundesrepublik und in der DDR.

RD Dr. Manfred Miller, mmiller@hs-harz.de

(1) Vgl. Miller: Was passiert, wenn etwas passiert? Oder: Wie gut sind Regierung und Verwaltung auf Katastrophen vorbereitet? In: André Niedostadek / Reinhard Riedl / Jürgen Stember (Hrsg.): Risiken im öffentlichen Bereich, Berlin 2011, S. 169-196 (= Band 5 der „Forschungsbeiträge zum Public Management“, herausgegeben vom Fachbereich Verwaltungswissenschaften der Hochschule Harz; vgl. auch Miller: Wie gut sind Regierung und Verwaltung auf Katastrophen vorbereitet? In: Bürgermeister Zeitung (Österreich), 3/2011, S. 62-73.

Semesterübergreifendes Projekt

„Demografischer Wandel und altersgerechtes Wohnen“

Die demografische Entwicklung im Harzkreis ist geprägt von einer zunehmenden Alterung und Schrumpfung der Bevölkerung. Analog zu dieser Entwicklung hat die Wohnungswirtschaft mit stetig sinkenden Mieterzahlen und einem steigenden Durchschnittsalter der verbleibenden Klientel zu rechnen. Sie ist damit verstärkt dem Risiko ausgesetzt, der zukünftigen Nachfrage nach altersgerechten Wohnangeboten nicht bedarfsgerecht begegnen zu können. Die Wernigeröder Wohnungsgenossenschaft eG (WWG) hat auf diese Entwicklungen reagiert und im Frühjahr 2011 mit einigen Dienstleistungspartnern das Servicepartnernetzwerk WOHNfühlen ins Leben gerufen. Im Rahmen eines semesterübergreifenden Projekts sind unter Anleitung von Prof. Dr. Birgit Apfelbaum und Dr. Annette Hirschert Studierende des Fachbereichs Verwaltungswissenschaften zur Zeit daran beteiligt, neue Wohnkonzepte für ein möglichst lebenslanges Wohnen in den eigenen vier Wänden oder im vertrauten Wohngebiet zu entwickeln und den Bedarf dafür in der Mieterschaft der WWG zu erfragen.

In enger Zusammenarbeit mit der Seniorenvertretung der Stadt Wernigerode e.V. wurden kurz vor Weihnachten 2011 die Fragebögen zur Mieterbedarfsanalyse im Rahmen der Weihnachtsfeier der Seniorenvertretung mit großer Unterstützung der anwesenden Seniorinnen und Senioren einem Pretest unterzogen. Die Hauptbefragung erfolgt durch das KAT-Forschungsprojekt komoserv (siehe www.komoserv.info) als Vollerhebung der WWG-Mieterschaft ab Mitte März 2012. Mit großem Interesse erwartet der Vorstand der WWG die Ergebnisse der Befragung und die Formulierung tragfähiger Konzepte für eine Umsetzung Erfolg versprechender Wohn- und Unterstützungsmodelle, um das Portfolio der WWG sinnvoll zu ergänzen.

Darüber hinaus beteiligen sind die Studierenden des semesterübergreifenden Projekts „Demografischer Wandel und altersgerechtes Wohnen“ an empirischen Studien des Innovationslabors ‚Technikakzeptanz‘, das aus einer Kooperation des komoserv-Projekts mit den ebenfalls an der Hochschule Harz angesiedelten Forschungsprojekten FIT und TECLA hervorgegangen ist. Die Studierenden unterziehen medizintechnische Geräte als Beispiele technischer Lösungen zum ‚Lebenslang zu Hause Wohnen‘ Usability-Tests und testen sie damit auf ihre Seniorenfreundlichkeit.

Prof. Dr. Birgit Apfelbaum, bapfelbaum@hs-harz.de

Dr. Annette Hirschert, ahirschert@hs-harz.de

